

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur Ernst Blümmel, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Billi Plunckhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von E. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Preis pro Quartal 1.50 Mk. für die Redaktion 1.75 Mk., für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostgebühr 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabehelfern vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7zeilige Kolonelleiste 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restausstellerteil 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5248 Berlin.

Nr. 44.

Magdeburg, Donnerstag den 21. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Trockni will unterzeichnen.

W. S. B. Berlin, 20. Februar. In der heutigen Sitzung des Reichstags gab Staatssekretär v. Kühlmann folgenden Funktspruch der bolschewistischen Regierung an die deutsche Regierung bekannt:

„Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, die von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. (Hört, hört! Leb. Bewegung im ganzen Hause.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten Bedingungen unverzüglich gegeben werden wird.“

Der Staatssekretär fügte hinzu, er möchte trotzdem davor warnen, zu glauben, daß wir nun schon den Frieden mit Rußland in der Tasche hätten, damit nicht im deutschen Volk Enttäuschungen hervorgerufen würden. Der Friede mit Rußland sei erst da, wenn die Tinte unter dem Vertrag trocken sei.

Der Zankapfel.

Die Angliederung der historisch zu Kongreß-Polen gehörenden Gebiete an die Ukraine hat bei allen Polen, von der Rechten bis zur äußersten Linken, Enttäuschung und Erbitterung hervorgerufen. Sie bezeichnen den Friedensvertrag vom 9. Februar in Brest-Litowsk als die vierte Teilung Polens. Während die politische Grenze zwischen Oesterreich und der Ukraine unverändert bleibt und die in Galizien und in der Bukowina wohnenden Ukrainer im Bereich Oesterreich-Ungarns bleiben, wurde gegenüber Polen im Friedensvertrag zu Brest-Litowsk eine Grenzlinie festgelegt, die den Ukrainern sehr zum Vorteil ist: das Cholmgebiet fällt ganz an die Ukraine, ebenso beträchtliche Teile der Gouvernements Lublin und Siedice, die bisher zu Kongreß-Polen gehörten. Die polnischen Kreise hofften dagegen, daß Podlachien und das Cholmgebiet bis zur Polekja dem neuen polnischen Staate angegliedert werden.

Es handelt sich hier um umstrittene Gebiete. Die Ansprüche der Ukrainer sind älteren Datums. Insbesondere werden über das Cholmgebiet seit Jahrzehnten leidenschaftliche Diskussionen geführt.

Das Cholmland — die einstige „Perle des alten Romanidenreiches“ im 13. Jahrhundert — wurde von den Ukrainern gefordert. Im 13. Jahrhundert war diesem russischen Grenzgebiet der Name „Ukraine“ beigelegt worden, so daß Cholmien längere Zeit einen Bestandteil des ukrainischen Staatswesens bildete. Die Stadt Cholm war die Residenz der galizisch-lodomerischen Fürsten Danilo und Lew (1237 bis 1301) und spielte eine Rolle in der osteuropäischen Geschichte.

Nach Verfall des galizisch-lodomerischen Reiches, während der Zugehörigkeit dieser Länder zur polnischen Republik, bildete das Cholmland mit Galizien eine administrative und autonome Einheit, die sogenannte ruthenische Wojwodschast, obwohl die beiden Gebiete infolge des Fortbestandes eines selbständigen Teilfürstentums und dessen spätere Umwandlung in eine besondere Provinz (Woj) keine gemeinsame Grenze hatten. Als im Jahre 1772 die Donaumonarchie Galizien und Lodomerien als Erbgut der ungarischen Krone beanspruchte, wurde aus diesen geschichtlichen Gründen auch Cholmien in Anspruch genommen und teilweise einverleibt (1772—1809).

Die Polen sagen, daß im Cholmgebiet, das nach dem Wiener Kongreß 1815 samt den angrenzenden zweipröwigen Gebieten sich in den Grenzen des mit Rußland nur durch eine Personalunion verbundenen Königreichs Polen befand, das polnische Element das ukrainische überwiege. Wir haben uns bemüht, eine objektive Statistik über die Bevölkerung des Cholmlandes aufzustellen. Das war jedoch nicht möglich, da jede Statistik — polnische, ukrainische oder russische; auch die gefehert von uns veröffentlichte — an augenscheinlicher Tendenz leidet. Die Ukrainer stützen sich auf diejenigen statistischen Angaben, die den Stand von 1912 wiedergeben, und wonach ihre Stammesgenossen 50 Prozent der Gesamtbevölkerung im Cholmland ausmachen. Sie sagen, daß der gegenwärtige Stand der Bevölkerung nicht in Betracht kommen könne, da der größte Teil der katholi-

schen und orthodoxen Ukrainer gewaltsam von den russischen Militärbehörden evakuiert worden sei.

Wie über das Cholmland, so sind auch über die andern angegliederten Bezirke die statistischen Daten außerordentlich bestritten. Auch auf Podolien und Wolhynien erheben die Polen lebhafteste Ansprüche, obwohl nach kirchlichen Berichten in Podolien 81 Prozent Ukrainer und 8,9 Prozent Polen, in Wolhynien 70 Prozent Ukrainer und 10,5 Prozent Polen wohnen. Die Ukrainer sind dort also in sehr großer Mehrheit. In Podolien befindet sich aber mehr als die Hälfte (53 Prozent) des Grundbesitzes, in Wolhynien fast die Hälfte in polnischen Händen.

Es ist daher an sich sehr verständlich, daß sich die polnischen Großgrundbesitzer gegen die Zuwendung an die Ukraine wenden. Aus nationalen Gründen haben sie aber das ganze polnische Volk, soweit es geistig reif ist, auf ihrer Seite. Offenbar haben die Unterhändler der Mittelmächte nicht gezögert, welchen Sturm sie dadurch entfachen würden, daß sie den alten Zankapfel den Ukrainern zugeworfen haben.

Ein „Faustschlag“.

Am 7. Juni 1916 wurde von österreichischer Seite amtlich gemeldet:

Durch Verordnung des Armeekorpskommandanten vom 5. Juni 1916 wird das Militärregiment Lublin auf die Kreise Cholm, Grubieszow und Tomaszow ausgedehnt und hiermit das Gebiet des ehemaligen Gouvernements Cholm mit den übrigen von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Teilen Kongreß-Polens zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet vereinigt. Durch diese Verfügung hat ein Herzogswunsch des polnischen Volkes, das die durch Rußland erfolgte Abtrennung des Cholmer Gouvernements von Polen als einen Faustschlag empfand, seine Erfüllung gefunden.

Am 9. Februar 1918 wurde der Friede mit der Ukraine unterzeichnet, und darin das Cholmer Land von Polen abgetrennt und der neuen Republik Ukraine überwiesen. Der „Faustschlag“ wurde wiederholt.

In Deutschland gibt es aber noch viele bürgerliche Zeitungredaktionen, die nicht begreifen, weshalb die Polen jetzt toben und weshalb der polnische Regentatsrat — also die von den Mittelmächten eingesetzte polnische Regierung — sich mit einem Ausruf an die polnische Nation wendet. Dieser Ausruf hebt hervor, daß die Mittelmächte die Selbständigkeit Polens garantiert und dem polnischen Staat Freundschaft, Hilfe, Mitarbeit versprochen haben. Deswegen hätten sie die Vertretung Polens zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht zugelassen und den Frieden mit der Ukraine mit einer polnischen Provinz erkauft, deren Mehrheit polnisch und katholisch sei, und die nach ihrem Willen gar nicht gefragt worden sei. Die Zweifler hätten dadurch ihre eigentliche Bedeutung ein- vor Gott und vor der Welt, vor den Menschen und vor dem

Tribunal der Geschichte, vor dem deutschen Volk und vor den Völkern Oesterreich-Ungarns erhebe der Regentatsrat seinen Protest gegen die neue Teilung Polens, spreche ihm seine Anerkennung ab und brandmarke sie als einen Vergewaltigungsakt. Dem Willen der Nation Rechnung tragend, verbleibe der Regentatsrat im Amte, um das polnische Schul- und Gerichtswesen zu behüten und den Nachfolgern die Idee des nichtverkleinerten Vaterlandes zu überliefern.

Das polnische Ministerium ist zurückgetreten. Es veröffentlicht eine Begründung seines Rücktritts und mahnt das Volk zur Einigkeit und zur Sammlung um den Regentatsrat.

In einer Sitzung der Warschauer Stadtverordnetenversammlung wurde „ein Protest gegen die Vergewaltigung Polens und Litauens“ einstimmig angenommen: „Die polnische Nation“, heißt es darin, „wird im Namen des Selbstbestimmungsrechts, gestützt auf die Hilfe aller Völker, sämtliche Kräfte anstrengen, um diesen Schlag abzuwehren, und wird nicht müde werden im Kampfe um den unabhängigen, geeinten, demokratischen, polnischen Staat.“

Die jüdische Volkspartei schloß sich dem Protest der polnischen Nation an, weil die Entscheidung über das Schicksal von Land und Volk ohne eine Willensäußerung der Interessierten eine Vergewaltigung darstelle. Die zionistische Organisation erklärt sich mit dem Protest im Namen der souveränen Rechte des unabhängigen polnischen Staates solidarisch. Der sozialistische Block (die radikalen Sozialdemokraten und der Jüdische Bund) schlossen sich dem Protest gleichfalls an.

In Deutschland aber wird in den meisten bürgerlichen Blättern über die polnische „Bogehlichkeit“ und „Udanbarkeit“ gezeckelt. Für diese erleuchteten Politiker ist es unerhört, daß jemand, der einen Faustschlag erhält, die Frechheit aufbringt, sich die Nase reiben zu wollen.

Der Ukraine-Friede.

Nach der Vollziehung des Reichstags am Dienstag ließ der Staatssekretär v. Kühlmann die Mitglieder des Hauptauschusses zu einer Sitzung laden, um dort den Vertrag mit der Ukraine zu besprechen. Es kam zu einer längeren und zum Teile lebhaften Auseinandersetzung, die sich im Plenum noch wiederholen dürfte. Ueber die Aussprache im Ausschuss liegt uns folgender Bericht vor:

Staatssekretär v. Kühlmann

begann mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß trotz ungenügender Tätigkeit dem Reichstag die Druckfaden über den Friedensvertrag noch nicht haben vorgelegt werden können, und fuhr dann fort:

Die ungünstigen Voraussetzungen über das Verhalten der russischen Delegation in Brest-Litowsk haben sich leider als richtig erwiesen. Das Verhalten insbesondere Enkes ist ohne Vergleich in der Geschichte. Mit seiner letzten Erklärung wollte er sich einer unglücklichen gewordenen Lage befrees. Das unglückliche

die russische Delegation besetzt war, wurde durch das Auftreten Madels bewiesen, das zeigte, daß er die Haltung der russischen Delegation entscheidend beeinflusste. Madel hatte vorher in Veröffentlichungen in der Presse seine wahren Absichten offen dargelegt und erklärt, daß von Nachgiebigkeit gegenüber den Mittelmächten keine Rede sein könne. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, daß es auch Trotski im Ernst nicht auf den Frieden ankam. In der Presse ist das ja alles eingehend erörtert worden.

Nach Ablauf der siebenwöchigen Frist ist am Montag mit Rußland wieder der Kriegszustand eingetreten.

Im Innern haben sich die Verhältnisse in Rußland von Tag zu Tag verschlimmert. Die Regierung der Bolschewiki huldigt, wie ihr Verhalten gegenüber Finnland, Estland und Litauen zeigt, gewalttätigen zentralistischen Neigungen. Täglich kommen Mißstände zu uns. Wir können an die friedlichen Gesinnungen Rußlands nicht mehr glauben, und auch die Hoffnung, die Dinge in der Schwere zu lassen, mußte sich als trügerisch erweisen. Wir können die Bergewaltigung Finnlands nicht zulassen, müssen vielmehr in den an die bestetzten Gebiete angrenzenden Ländern für Ruhe und Ordnung sorgen. Unser erneutes Eintreten in den Krieg wird in Petersburg erwidert werden und die Geneigtheit zum Frieden verlieren. Auch heute noch sind wir bereit, einen Frieden zu schließen, der unsere Interessen entspricht.

Aus unserer Friedensbereitschaft ist der Friede mit der Ukraine entstanden.

Die Ukraine ist ein reiches Land, hat große Vorräte an Rohstoffen und Lebensmitteln. Diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte waren natürlich beim Friedensschluß mit den ausführenden Mächten. Für die Zukunft wird die Tatsache, daß die Mittelmächte als erste Beziehungen zu dem neuen Staateswesen hergestellt haben, von dauerndem Werte sein. Gerade weil die Pflege guter Beziehungen zum Osten für richtig hält, muß die Verständigung mit der Ukraine als einen ersten Schritt mit Freunden begrüßen.

Bei der Festlegung der Grenzen des neuen Staatsgebietes zeigten sich Schwierigkeiten hinsichtlich des Gouvernements Cholm. Die Ukraine möchte ihre Ansprüche auf dieses Gebiet mit äußerster Energie geltend, so daß die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen bestand. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, eine Erörterung des Verhältnisses zwischen den Mittelmächten anzunehmen. Die Polen haben sich nun durch die getroffene Lösung der Frage berufen gefühlt, was vorauszuweisen war. Andererseits war ein Scheitern der Verhandlungen mit der Ukraine nicht zu verantworten. Der österreichische Ministerpräsident wird heute in Wien im Reichsrat über dieselben Fragen sich eingehend äußern. Auch er wird betonen, daß sämtliche Bestimmungen des Vertrags ein unteilbares Ganzes bilden.

Die Vorteile in der Ukraine sind größer, als wir transwarischen können. Ueber die Befestigung sind genaue Vereinbarungen getroffen worden, so daß uns auch im laufenden Jahre die Vorteile des Vertrags zugute kommen werden.

Ministerpräsident v. Seidler wird heute auch betonen, daß das Gouvernement Cholm nicht ohne weiteres an die Ukraine fällt, sondern daß eine gemischte Kommission unter Vorsitz der österreichischen Reichsregierung die Angelegenheit der Grenzbestimmung der Ukraine festlegen wird. Diese gemischte Kommission wird sich aus Vertretern der Ukraine und Polens zusammensetzen.

Der Staatssekretär Wlassow wird mit der Erklärung, daß er den Friedensvertrag für möglich hält, und er würde den Reichstag um seine Zustimmung ersuchen.

Hg. Seidler (Hr.): Debatte über die Frage, ob der Friedensvertrag mit der Ukraine nicht ohne weiteres an die Ukraine fällt, sondern daß eine gemischte Kommission unter Vorsitz der österreichischen Reichsregierung die Angelegenheit der Grenzbestimmung der Ukraine festlegen wird. Diese gemischte Kommission wird sich aus Vertretern der Ukraine und Polens zusammensetzen.

Hg. Seidler (Hr.): Debatte über die Frage, ob der Friedensvertrag mit der Ukraine nicht ohne weiteres an die Ukraine fällt, sondern daß eine gemischte Kommission unter Vorsitz der österreichischen Reichsregierung die Angelegenheit der Grenzbestimmung der Ukraine festlegen wird. Diese gemischte Kommission wird sich aus Vertretern der Ukraine und Polens zusammensetzen.

Hg. Seidler (Hr.): Debatte über die Frage, ob der Friedensvertrag mit der Ukraine nicht ohne weiteres an die Ukraine fällt, sondern daß eine gemischte Kommission unter Vorsitz der österreichischen Reichsregierung die Angelegenheit der Grenzbestimmung der Ukraine festlegen wird. Diese gemischte Kommission wird sich aus Vertretern der Ukraine und Polens zusammensetzen.

gollten, es sei nicht bekannt, daß sich die Ukraine durch einen staatsrechtlichen Akt von Rußland losgelöst habe. Das Cholmer Gebiet sei erst 1911 durch einen zarischen Ukas von seinem Verwaltungsbereich losgelöst worden. Die gezeugene Grenze sei eine Willkürlichkeit, die mit den ethnographischen Verhältnissen nicht in Einklang gebracht werden könne.

Hg. Naumann: Es müsse die Meinung entstehen, als habe man mit dem Friedensvertrag auch gleich einen Bündnisvertrag geschlossen, von dem wir keine Kenntnis erlangt haben. Wenn ein solcher Bündnisvertrag bestünde, dann müsse der Reichstag informiert werden, denn Bündnisse sollen von Volk zu Volk abgeschlossen werden. Die durch die Zweikaiserproklamation eingeleitete Polenpolitik sei offenbar auf ein neues Gleis geschoben worden. Vor 14 Tagen nach wurden die polnischen Abordnungen in Wien und in Berlin feierlich empfangen, jetzt verbiete man die Veröffentlichung einer Kundgebung der polnischen Regierung. Die Zuweisung des Gebiets von West-Galizien an die Ukraine könne nur aus politischen Gründen erfolgen sein, denn die ethnographischen Verhältnisse sprechen dagegen. Welche Sicherheit haben wir dafür, daß wir aus der Ukraine entsprechende Mengen an Lebensmitteln bekommen? Aus Klein selber seien

in der letzten Zeit Hungertravalle gemeldet worden. Die Eisenbahnüberführung könne sich leicht zu einer Okkupation auswachsen.

Hg. Dr. David: Ausgiebig könne über die Sache erst im Plenum gesprochen werden. Die Ukrainer hätten ohne Zweifel das Recht, Frieden zu schließen. Die Ukraine hat eine Konstitution. In Formalen dürfe man sich bei einem Friedensschluß nicht klammern. Die Grenzziehung sei zweifellos sehr bedenklich und die Ausschließung der Polen geradezu unverständlich. Nach den Ausführungen Seidlers sei die Grenzziehung noch nicht endgültig, die Wünsche der Polen könnten also noch berücksichtigt werden. Der ukrainische Staat sei alt und seine Schöpfung der Neuzeit. Wo die Interessen der Völker so aufeinanderstießen, müsse man den Weg der Verständigung suchen. Gegen den Abschluß eines Geheimvertrags müsse entschieden Einspruch erhoben werden. Davon wollen die Völker nichts mehr wissen, mit diesem System hätten sie zu schlimme Erfahrungen gemacht. Redner fordert Auskunft darüber, ob etwa schon ein Beschluß vorliegt, wonach wir in Finnland intervenieren? Die Zustände im Osten bilden ein wüstes Chaos. Man gebe Janken aus mache man Faktis. Vor allen Dingen müsse Klarheit geschaffen werden über die Politik, die man in den östlichen Randgebieten zu treiben gedenke.

Hg. Dr. Kosa (Unabh. Soc.): fragt, ob bei Abschluß des Friedensvertrags bekannt war, daß die Zentralrada nicht mehr im Besitz von Kiew war. Set man nicht die Absicht gehabt, den Krieg weiterzuführen mit den Lebensmitteln aus der Ukraine? Ist dem Staatssekretär bekannt, daß die ukrainischen Propagandisten bereits 1915 in Deutschland aus Kriegsgefangenen rekrutiert wurden? Diese Art Politik werde offenbar von dem Grundgedanken geleitet: Kiele und herrsche. Diese Politik sei ein Teil des militärischen Programms, das die Spinnwebtrage: Sicherung unserer Grenzen. Nur Deutschland, nicht auch Österreich, hat die Aufhebung des Waffenstillstandes als gegeben angesetzt. Vermutlich werde man jetzt schleunigst Rebal vorsehen. Sind die Differenzen aus Ostland, Estland usw. nicht schon in Berlin entstanden?

Hg. Graf Seidler (Hr.): Wir empfinden ungetrübte Freude über den Frieden mit der Ukraine und würden es bedauern, wenn die einmal gezeugene Grenze des Cholmer Gebiets wieder abgeändert würde. Gegenüber dem Interesse am Friedensschluß mit der Ukraine müssen die politischen Sonderrechte zurücktreten. Angesichts der Grenz in den Ostprovinzen sind die Differenzen begründet. Es muß schnell Abhilfe geschaffen werden.

Hg. Dr. Strömann (Hr.): Fragte, warum Deutsche aus Ostland und Galizien und gegen genaue Schilderungen von den dortigen Zuständen. Jemandem Zweifel an dem Hilfsbedürfnis jener Gebiete ist also ganz ausgeschlossen. Wir wünschen nähere Aufklärung über die Beschaffenheit der Bevölkerung des Cholmer Gebiets sowie über die letzten Vorgänge in Warschau. Welcher Teil der Ukraine befindet sich heute wieder in den Händen der österreichischen Rada?

Hg. Graf Seidler (Hr.): Das deutsche Interesse muß in erster Linie in Betracht kommen, und von ihm aus begehren wir den Friedensvertrag. Wir bedauern, daß das gleiche nicht mit Recht gelungen ist. Wir begreifen den Frieden auch im Interesse unserer Bevölkerung. Es ist immer von Wert, wenn man mit einem 20-Millionen-Volk zum Frieden kommt. Die polnischen Interessen sind natürlich nicht gleichgültig. Aber wenn die Polen so empfinden, etwa von der Kaiserproklamation? Wenn sie bereits gewillt sind, auf unsere Seite zu treten, keineswegs, das kann keine Erwartung bringen. Sie steht es mit den Gemüthen von Interventionen an der ostpreussischen Grenze? Wir können Grenzveränderungen nicht so, wohl aber Eingriffe in lebenswichtige Gebiete anderer Völker.

Hg. von Selen (Dt. Fratt.): Gehören der gemischten Kommission auch Deutsche an?

Hg. v. Trampehnski (Pole) gibt an, daß die Haltung der Polen zur Zwei-Kaiser-Proklamation vielfach enttäuscht hat. Ueber das lag an der

Halbheit der ganzen Politik. Die preussische Polenpolitik ist im allgemeinen noch die alte, wie die letzten Erklärungen der preussischen Minister beweisen. In Polen hat der Regenschafstrat bisher nur Justiz und Schule überwiesen erhalten, in Belgien aber liegt die gesamte Verwaltung in der Hand heimischer Behörden. Die Grenze des Cholmer Gebiets ist nicht nur von Österreich gezogen worden, sondern Deutschland hat durch Einflüsse nicht offizieller Art mitgewirkt. Staatssekretär v. Kühlmann antwortet auf die gestellten Fragen: Ueber eine polnische Vertretung in West-Galizien ist eingehend verhandelt worden. Gegen eine Teilnahme an den Verhandlungen mit der Ukraine hatten die Ukrainer Bedenken, dafür hat zwischen Polen und Ukrainern eine private Verständigung stattgefunden. Ueber die Vorräte in der Ukraine kann sicheres nicht gesagt werden. Wir stützen uns auf sachkundige Urteile und auf die Angaben der ukrainischen Vertreter. Wenn in Kiew zeitweilig Mangel war, so ist das kein Gegenbeweis. Wir wissen doch, daß die Transportmittel beschränkt sind. Zu den Rechten der gemischten Kommission gehört auch das Ausschneiden ganzer Bezirke. Es war aber unmöglich, an der Cholmer Frage den Frieden scheitern zu lassen. Die Ukrainer gingen in ihren Forderungen erheblich über die jegliche provisorische Grenze

hinaus, die nicht dauernd so bleiben wird. Augenblicklich ist auch in der Ukraine ein Chaos. Als der Vertrag unterzeichnet wurde, befand sich Kiew aber in den Händen der Rada. Die Unsicherheit, ob eine Regierung von Dauer sein wird, kann den Abschluß eines Friedens nicht ausschließen. Ein Bündnis zwischen uns und der Ukraine besteht nicht und ist auch von keiner Seite angeregt worden. Die militärischen Aktionen in der Ukraine erfolgen durch deutsche und österreichische Truppen. Die Rechte der deutschen Bauern, überhaupt die Rechte der Minoritäten in der Ukraine sind festgelegt. Der Friede mit der Ukraine ist die Vorstufe des Friedens mit ganz Rußland.

Der Ausschluß wird die Weiterberatung am Donnerstag früh vornehmen. Inzwischen wird das Plenum sich am Mittwoch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Der Ausschluß wird die Weiterberatung am Donnerstag früh vornehmen. Inzwischen wird das Plenum sich am Mittwoch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Der Ausschluß wird die Weiterberatung am Donnerstag früh vornehmen. Inzwischen wird das Plenum sich am Mittwoch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Der Ausschluß wird die Weiterberatung am Donnerstag früh vornehmen. Inzwischen wird das Plenum sich am Mittwoch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Oesterreich macht nicht mit.

Im Wiener Abgeordnetenhaus hat am Dienstag der Ministerpräsident v. Seidler die schon von Kühlmann angeforderte Erklärung über die polnische Frage abgegeben. Er konnte allerdings keine Rede nur ablesen, umstürmt von ungeheurer Lärm der Tschechen, Polen und sonstigen Slawen. Unter anderem teilte v. Seidler mit, man habe am Montag mit der ukrainischen Delegation folgende interpretierende Erklärung zu dem Friedensvertrag unterzeichnet:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Punkt II, Artikel 2, wird festgesetzt, daß die darin vorgesehene gemischte Kommission bei der Festlegung der Grenzen nicht gebunden ist, die Grenzlinie durch die Orte Bilowoi bis Garnach zu legen, sondern das Recht besitzt, die aus ethnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung sich ergebende Grenze auch östlich dieser Linie zu führen.

Daß damit die österreichischen Polen nicht befriedigt werden, ist selbstverständlich. Sie fordern das ungeteilte Polen und verlangen als östliche Grenze zumindest den Bug.

Für Deutschland von größerer Wichtigkeit ist aber die folgende bedeutende Mitteilung des österreichischen Ministerpräsidenten:

Dem deutschen Hilferuf aus Estland und Finnland folgend, hat sich Deutschland entschlossen, weiter zu marschieren. Wir sind in vollem Einvernehmen mit unserem treuen Bundesgenossen zu dem Entschluß gelangt, uns an dieser Aktion nicht zu beteiligen. Seit Rußland den Krieg für beendet erklärte, sind bereits über 20 000 Kriegsgefangene an der Grenze eingetroffen. Der Zustrom hält an. Wir beabsichtigen so bald als möglich, die Verhandlungen mit der russischen Regierung betreffs des Gefangenenaustausches wieder aufzunehmen.

Die österreichischen Sozialdemokraten wollen mehr als den einfachen Verzicht der Monarchie auf einen weiteren Krieg gegen Rußland. Sie werden in einer dringenden Interpellation die Fortführung der Verhandlungen von Wien nach Washington fordern und haben für die nächsten Tage große Volksversammlungen mit diesem Thema einberufen.

Was der Krieg bringt.

Neue Verrentungen.

Wassil wird gemeldet: Im mittleren Teil des Mittelmeeres haben unter U-Boot fünf Dampfer und 18 Segler verstrahlt, wodurch hauptsächlich der Transportverkehr nach Italien gefährdet wurde. Vier der verstrahlten Dampfer, von denen einer italienischer Nationalität war, wurden aus fünf getöteten Seemannen freigeschlagen. Unter den Seglern befanden sich der italienische Segler „Cipri“, „St.“, „Sardinia“, „St.“, „Lepore“, „Santis Maria“, „St.“, „St.“, „Santo“ mit 20 Mann Besatzung. Die Verrentungen sind schwer.

Der U-Boot-Jahr in Ostsee eines Zerstörerbootes wurde durch zwei U-Boote zerstört. Ein U-Boot wurde durch zwei U-Boote zerstört.

Aus England.

Der russische Einmarsch. Ein Flugzeug aus Petersburg meldet, daß der Reichsrat der mit Rußland verbündeten mit der russischen Flotte aus Letland der Unterstützung der russischen Einmarsch eines russischen Einmarsch gegen die russischen Einmarsch.

und finanziellen Defizite der Arbeiter- und Bauernregierung erhöhen haben, soweit diese die Interessen der Ausländer betreffen. Der Flugzeug meldet, daß die genannten Verrentungen, indem sie die Defizite der gegenwärtigen russischen Regierung nicht ausreichen, sich nicht nur in die letzten Angelegenheiten Rußlands einmischen, sondern, daß sie auch — durch die Logik der Verrentungen — drohen, diese Verrentungen bis zum bewaffneten Zusammenstoß zu treiben.

Die „Nationalistische“ aus Stockholm meldet, hat der Kommandant des Schiffs „Thor“ die Russen aufgefordert, die Schiffsinseln zu verlassen. Die Russen zogen sich zurück und ließen die Besatzung und die Signalstation auf Götter in Brand.

Die Ukrainer im Westen.

Genau nach dem Vorbild der Verhandlungen im Osten soll nach dem Willen der Ukrainern auch im Westen Frieden geschlossen werden. Die ukrainische „Nationalistische Bewegung“ ruft den Ruf: „Wir wollen Frieden!“ Aber natürlich nicht Frieden mit England, mit Frankreich oder Belgien,

sondern Friede — mit — Flandern! Flandern soll ukrainisiert werden.

Der Staat Belgien hat aufgehört zu sein. Wir haben eine Wallonen und ein Flämisch, und wir haben eine flämische Regierung; eine allgemeine Volksabstimmung hat nicht stattfinden können wegen Gefahr von Unruhen durch beständige Soldateneinmärsche; eine solche Abstimmung würde ja doch immer wieder für einen deutschen Sotuspokus erklärt werden, also gar nichts nützen. Dagegen ist die neue Volksvertretung gewählt worden, in Massenversammlungen aller Städte, die für das kleine Belgien geradezu riesenhaft waren. Der Rat von Flandern stützt sich auf mehr abgegebene Stimmen, auf mehr Ansehen, auf mehr Volkstrost als die Regimenter in Petersburg und als die Rada in Kiew. Es wäre daher an der Zeit, nachdem mit dem Spul Belgien endgültig auferstanden ist, wie mit der Rada der Ukraine, mit dem Räte von Flandern Friede zu schließen und mit dem flämischen Staate Freundschaft zu schließen, da niemand anders noch da ist, mit dem wir verhandeln können.

Belgien soll also zerstückelt werden wie Rußland. So fordern es die Alldeutschen. Der Staatssekretär Kallraf hat bei seinem Besuch in Belgien die Losreisungsbestrebungen des Rates von Flandern ausdrücklich gutgeheißen und begrüßt, und hat in einer Ansprache das freie Flandern hochleben lassen.

Diese Bewegung stößt aber in Flandern selbst auf ebenso lebhaftes Widerstand, wie die Losreisungspolitik der

Madra von Kiev in der Ukraine. Bei den Demonstrationen der Flamen, von denen die alldeutsche Presse so viel Aufhebens machte, ist von den Gegnern dieser Bewegung eine starke Gegenwirkung ausgeübt worden. Namentlich haben auch die belgischen Gerichte gegen die Bewegung Stellung genommen. Die Vereinigten Kammern des Appellhofes zu Brüssel haben gegen einen Führer der flämischen Bewegung die Strafverfolgung wegen „Angriffs auf die Staatsform“, Verbrechen gegen Artikel 104 des belgischen Strafgesetzbuchs, beschloffen und die Verhaftung der Beschuldigten vornehmen lassen. Die Gerichte eines okkupierten Landes haben also eine von der Okkupationsmacht gebilligte Bewegung des Landes als Hochverrat bezeichnet. Die Okkupationsmacht hat sofort dagegen Maßregeln ergriffen. Darüber meldet Wolff aus Brüssel:

Dieser Vorgang ist rechtlich nicht haltbar. Daher hat der Generalgouverneur angeordnet, daß die Verhafteten unverzüglich in Freiheit gesetzt werden und das weitere strafrechtliche Verfahren unterlagert. Ferner wurde den Mitgliedern des Appellhofes, die bei dem Entschluß mitgewirkt haben, die weitere Ausübung ihres Amtes verboten und drei von den vier Präsidenten des Appellhofes sind in Sicherheitshaft genommen und nach Deutschland abgeführt worden.

Mit einem solchen Vorgehen wird kein Beweis dafür abgelegt, daß die deutsche Regierung die völlige Wiederherstellung Belgiens im Frieden gewähren will, wie Bethmann es feierlich zugesagt hatte.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung.

Berlin, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsitz: Von Payer, Frh. v. Stein, v. Krause, Waltraf.

Vizepräsident Dr. Kaasche eröffnet in Vertretung des durch einen Kurzgebrauch verhinderten Präsidenten Dr. Kaempf die Sitzung mit folgender Ansprache: Seit wir nach unserer letzten Tagung auseinandergegangen, sind keine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die Veranlassung zu besondern Kundgebungen geben konnten. Zu dem erfreulichen Frieden im Osten haben wir einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Wir haben mit dem neuen Staate der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile ehrenvoll genannt werden kann. Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewaltsame Annexionen und ohne Entschädigungen zu verlangen, einen Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem benachbarten Land in dauerndem freundschaftlichem Verhältnis zu leben. Seidert ist es nicht gelungen, auch mit den übrigen Teilen Rußlands den Frieden zu erreichen. Wenn es unsern Diplomaten nicht gelungen ist, auch Großrußland zum Frieden zu bringen, und wenn der Kriegszustand nach monatelangem Waffenstillstand wiederhergestellt ist, so ist das nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer energischen Hilfe gelingen wird, den Volksstamm, die sich nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts von Großrußland loslösen wollen, die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Die Aussichten auf einen baldigen ehrenvollen Frieden im Westen sind nicht besser geworden. Man will nach wie vor nicht mit uns verhandeln, sondern will uns niederzwingen. Den neuen gewaltigen Kämpfen setzen wir mit Zuversicht entgegen, in dem festen Entschluß, auszuweichen, um die Heimat zu schützen und einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht. (Lebhafte Beifall.)

Das Haus ehrt hierauf das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Stadthagen (Unabh. Soz.) und Warlo (Ztr.) in der üblichen Weise.

Ein Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Henke (Unabh. Soz.) wegen Verzögerung gegen das Gesetz des Belagerungszustandes wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Es folgen

Kurze Anfragen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) stellt fest, daß entgegen einer im Juni 1917 erteilten Auskunft die Generalversammlung der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes zur Wahl der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung tatsächlich vom Oberkommando in den Marken verboten worden ist und fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, damit die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an der Ausübung des Rechtes der Neuwahl ihrer Bevollmächtigten nicht weiter gehindert werden.

General v. Striöberg: Das Verbot ist erst nach der im Juli erteilten Auskunft erteilt worden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß bei den im Verband herrschenden Strömungen diese Generalversammlung geeignet wäre, Unruhe und Stämme in den Verband zu tragen (Lachen b. d. Unabh. Soz.) und so auch die Munitionserzeugung zu erschweren. Derartige Stämme müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt vermieden werden.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß die eben gegebene Antwort insofern vollkommen unzutreffend ist, als (Vizepräsident Kaasche: Da die Antwort im Namen des Reichskanzlers erfolgt, wird das dem Reichskanzler wohl bekannt sein. (Weiterkeit.) Ist dem Reichskanzler bekannt, daß dennoch eine Generalversammlung, die in der Erweiterung als während für den Frieden erachtet worden ist, maßträglich gehindert worden ist, aber mit dem Verbot, in dieser Generalversammlung einen Bevollmächtigten zu wählen?

Vizepräsident Dr. Kaasche: Da eine Antwort nicht erfolgt, gehen wir zur nächsten Anfrage über. (Weiterkeit.)

Abg. Fuchs (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in zahlreichen Gemeinden in der Umgegend von Straßburg die Vergütungen für die durch Armierungsanlagen verursachten Kriegsschäden seit Herbst 1914 noch immer nicht bezahlt sind.

Ministerialdirektor Dr. Lewald betont, daß die Feststellung aus Mangel an Arbeitskräften bisher noch nicht möglich gewesen. Es sollen vorläufig durch Vermittlung des Statthalters von Elzäs-Lotharingen Vorarbeiten geleistet werden.

Abg. König (Soz.) führt darüber Beschwerde, daß im Durchschnitt weiblische Personen im Alter von 16 bis 35 Jahren aufgefordert worden sind, sich in eine Meldeliste einzutragen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, es habe sich nur darum gehandelt, einen Uebersicht über die im Notfall zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu erhalten.

Abg. Bogtherr (Unabh. Soz.) bringt das Verbot von Versammlungen der Unabhängigen in Stettin zur Sprache.

Ministerialdirektor Dr. Lewald erwidert, daß das Verbot sich im Hinblick auf die in Stettin vorgekommenen Streikbewegungen als notwendig herausgestellt habe.

Abg. Leube (Fortf. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß die Fernsprechnot hauptsächlich durch die Kriegsgesellschaften verursacht sei, die in übertriebener Weise die Fernsprecheinrichtungen für sich in Anspruch nehmen.

Ein Vertreter des Reichspostamts betont, daß die Schwierigkeiten im Fernsprechnetz in der Hauptsache mit der Unmöglichkeit, jetzt neue Leitungen herzustellen, zusammenhängen. Daß die Kriegsgesellschaften die Leitungen überarbeiten in Anspruch nehmen, treffe nicht zu. Von den in Berlin angemeldeten Gesuchen nach Anschluß an ein Fernsprechnetz sind etwa 2 Prozent auf die Kriegsgesellschaften.

Abg. Meerfeld (Soz.) bringt das Verbot des Besuchs einer sozialdemokratischen Versammlung durch Soldaten in Köln zur Sprache.

General v. Striöberg erwidert, daß aktiv im Heere befindlichen Militärpersonen nach § 49 des Reichsmilitärstrafgesetzes die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt wird. Der Besuch der sozialdemokratischen Versammlung mußte daher den Soldaten verboten werden. Aus demselben Grund ist aktiv im Heere stehenden Personen der Besuch von Versammlungen der Vaterlandspartei verboten.

Auf eine Anfrage des Abg. Sachtle (Fortf. Sp.) erwidert Ministerialdirektor Caspar: Der § 113 der Reichsversicherungsordnung hat die streitige Frage, in welcher Mitgliederklasse der Lohnstufe die Versicherung freiwillig fortgesetzt werden kann, dahin entschieden, daß die vor dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht maßgebende Klasse oder Stufe zu wählen ist. Erst die Kommission des Reichstags hat die Möglichkeit hinzugefügt, in eine niedrigere Klasse oder Stufe überzutreten. Offenbar, um Mitgliedern, denen die Weiterzahlung des bisherigen Beitrags schwerfällt, trotzdem zu ermöglichen, die Mitgliedschaft zu erhalten. An die Möglichkeit, daß ein solches Mitglied später das Bedürfnis haben kann, wieder in die höhere Stufe zu kommen, ist damals wohl nicht gedacht worden, daher dürfte dies Recht jetzt zu verneinen sein. Es wird die Frage geprüft werden, ob diese Befugnis zunächst im Wege der Bundesratsverordnung für Kriegsteilnehmer und für die Kriegsdauer neu einzuführen ist.

Eine Reihe von Petitionen werden debattelos erledigt. Abg. Ersberger (Ztr.) berichtet sodann über Anträge, des Ausschusses über militärische Angelegenheiten. Der Ausschuss fordert die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870. Wenn Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, soll der Vater aus der Feuerlinie zurückgezogen werden. Mannschaften und Unteroffiziere sollen ein Recht auf Urlaub erhalten. Die Strafe des strengen Arrestes soll entwidert oder gemildert werden.

Abg. Köhmann (Ztr.) betont, daß es viel Mißgunst erregt habe, daß viele junge unverheiratete Leute für die Kriegsindustrie rekrutiert sind, während Väter von zahlreichen Kindern jahrelang im Felde stehen.

General v. Striöberg: Bei der Entlassung der älteren Jahrgänge und der Urlaubsgewährung muß die militärische Lage ausschlaggebend sein. Nach Möglichkeit werden die älteren Leute in die Heimat geschickt und durch junge Leute ersetzt. Aber es gibt auch junge Leute, die in der Heimat nicht entbehrlich sind. Die Anträge werden angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Der Friede mit der Ukraine.

Konservative Obstruktion.

In der Dienstag-Sitzung des Verfassungskonstituenten des Abgeordnetenhauses polemisierte zunächst am Pole gegen den Konservativen, der die Sozialdemokratie als revolutionär bezeichnet habe. Von einer Partei, die ihre vor dem Krieg eingenommene Haltung völlig aufgegeben, sich ausgenutzt an den Staat angeschlossen habe, und die nicht einmal dann in Opposition gelte, wenn ihr Führer auf der Straße von Schutzleuten verprügelt werde, könne man ja etwas nicht sagen. Die gestrige Erklärung Dr. Friedbergs habe das

Prinzip des gleichen Wahlrechts aufgegeben.

Ein Verhältniswahlrecht nur für den Osten würde ein Ausnahmegesetz gegen die Polen bedeuten. Für den Ausdruck, die deutsche Weisheit sei in Breslau nicht sauber geblieben, wird der Redner zur Ordnung gerufen. Er meint, die jetzige Reichsregierung werde auch auf Preussisch-Polen übergreifen.

Ein konservativer führt aus, das Volk habe jetzt kein richtiges Verständnis für die politischen Realitäten. Auch durch die Gefahr von Unruhen dürfen sich die überzeugten Gegner des gleichen Wahlrechts nicht zu seiner Genehmigung bringen lassen. Gerecht sei eigentlich das berufstätige Wahlrecht, während gerade in demokratischen Ländern das Großkapital herrsche. Was die Regierung vorschläge, würde durch Blut und Tränen führen.

Ein Zentrumsredner bekämpft das berufstätige Wahlrecht, zumal es sich im Sonntag nicht so sehr um Berufs- und Wirtschaftsfragen handle, sondern um Kirche, Schule, Kunst und Wissenschaft. Zum Mehrstimmensystem werde das Zentrum Stellung nehmen, sobald bestimmte Anträge vorliegen.

Ein anderer Zentrumsredner tritt namens der christlichen Arbeiter ein, die für das gleiche Wahlrecht ein, das durch die Vorlage noch nicht einmal gebracht werde, da die ungerade Wahlkreisverteilung bestehen bleibt. Auch die Zusammensetzung des Herrenhauses ist eine genügende Sicherung gegen die bedrücktesten Gefahren. Sollte die Regierung zögern, zaudern oder umfallen, so müßte das

Bertrauen der christlichen Arbeiter zu ihr erschüttert werden.

Ein Volksparteiler meint, die Konservativen seien nur geneigt, ihren Anhängern die politische Reize zuzubilligen. Er wendet sich dann eingehend gegen den konservativen Antrag, die Zusatzstimme für Vermögen und Besitz würde auf dem platten Lande jeder bekommen, die wirtschaftliche Selbstständigkeit haben sehr viele Kriegsteilnehmer verloren, die Zusatzstimme für Bildung würde diejenigen, die nicht damit bedacht werden, als ungebildet hinstellen, und die Berücksichtigung der Kinderzahl würde die entgegengesetzte Wirkung erzeugen, als sie beabsichtigt ist, denn die meisten Kinder hat das Proletariat. In der landwirtschaftlichen Berufsgruppe nach dem konservativen Antrag würden die Wähler erster Klasse 10 mal soviel zu jagen haben, als die in der zweiten, und 77 mal mehr als die in der dritten, während beim Dreiklassensystem das Verhältnis wie 18:34:1 ist. Gerade das Dreiklassensystem hat die Sozialdemokratie in Preußen am meisten radikalisiert, und das

Mehr von Blut und Tränen

würde dann kommen, wenn man nach dem Rezept der Konservativen vorgeht. Weicht die Krone jetzt zurück und wird ihr festerliches Versprechen nicht eingelöst, dann werden verhängnisvolle Wirkungen eintreten.

Ein konservativer meint u. a., jetzt hätte wohl jeder Arbeiter 6000 Mark erspart, sei also zur Ergänzungsteuer veranlagt, und außerdem verdienen die Arbeiter so viel, daß sie wohl überall über den Gemeindevorstand Steuern zahlen. Sie würden also diese Zusatzstimmen erhalten. Man könnte über das gleiche Wahlrecht vielleicht anders reden, wenn nicht die unglückselige Politik Bethmanns die Arbeiter, die bereits manfend geworden waren, in das sozialdemokratische Lager zurückgeführt hätte. Wohin man komme, sehe man ja in Frankfurt, wo die Stadtverordneten-Versammlung mit Zustimmung des Oberbürgermeisters die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen beschlossen hat.

Der Sozialdemokrat verzichtet darauf, auf die Ausführungen der konservativen Redner, insbesondere auf die einseitige (1) Rede des letzten von ihnen einzugehen, denn das meiste davon hat schon in konservativen Blättern gestanden, und als der Redner es las, hat er sich gefragt, wie man nur solchen Unfug schreiben könne. Gegenüber der nationalliberalen Behauptung vom Montag stellt der Redner fest, daß nach seinen Erkundigungen bei den Verhandlungen zwischen den Parteiführern des Reichstags

kein Sozialdemokrat sich mit einem Pluralwahlrecht abgegeben hat, es ist unmöglich, daß auch nur der Geringste ein solches Wahlrecht für die Sozialdemokratie mit einem Ehrenwahlrecht zuträfen würde. Die gestrigen Ausführungen Dr. Friedbergs haben den Redner unangenehm berührt. Die

gerung, die bisher stets für das gleiche Wahlrecht eingetreten war, hat damit den Boden der Vorlage verlassen. Wenn sie sich einmal für ein Mehrstimmwahlrecht erklärt, so gibt es kein Gelingen mehr. Die Aussichten für das Zustandekommen der Reform sind dadurch nicht gerade geteilt, die Konservativen werden nach der eben gehörten Erklärung auch gegen das gemäßigte Pluralwahlrecht stimmen und zu ihnen werden sich diejenigen gesellen, die das Pluralwahlrecht ablehnen, weil sie das gleiche Wahlrecht haben wollen. Unglaublich sei es, heute noch für ein Pluralwahlrecht einzutreten, das sich auf Vermögen und Einkommen stützt. Nach dem Kriege dürften die hohen Löhne durch große Arbeitslosigkeit ersetzt werden. Und wie benachteiligt ein solches Wahlrecht die Kriegsteilnehmer! Auch eine Zusatzstimme für höheres Alter lehnen wir ab, denn die Arbeiter vieler Betriebe sterben infolge der ungesunden Zustände in jungen Jahren. Die Einführung des Proporz in gemischtsprachigen Landesteilen allein lehnen wir, als ein Ausnahmengesetz gegen die Polen, ab.

Nach weiterer Debatte ziehen die Konservativen ihren Antrag zurück und es wird ein

Konservativ-freikonservativer Antrag

eingebracht, wonach Zusatzstimmen erhalten sollen: diejenigen, die 50 Jahre alt sind und mindestens drei eheliche Kinder, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, haben oder gehabt haben; die zur Ergänzungsteuer Veranlagten; die über den Gemeindevorstand oder mindestens 3000 Mark Einkommen zur Steuer Veranlagten; diejenigen, die mindestens eine versicherungspflichtige Person beschäftigen oder mindestens 2 Hektar Landwirtschaft betreiben; diejenigen, die das Ziel einer Mittel- oder Realschule, die Vernehmung in die drittoberste Klasse einer mehr als sechs-klassigen höheren Schule oder die Aufnahme in die dritte Seminar-Klasse einer Lehrerbildungsanstalt erreicht haben.

Die Weiterberatung soll Mittwoch nachmittag erfolgen.

Notizen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion nahm in ihrer Sitzung am Dienstag den Bericht des Fraktionsvorstandes entgegen über die Ereignisse der letzten Woche. Im Anschluß daran fand eine lebhafte Aussprache statt über den Friedensvertrag mit der Ukraine. Als Redner zu diesem Friedensvertrag wurde Abgeordneter Dr. David bestimmt.

Der Arbeitsplan des Reichstags. Der Seniorenkombent des Reichstags trat am Dienstag vor Beginn der Sitzung zusammen und traf folgende Vereinbarungen: Am Mittwoch beginnt die Plenarsitzung um 11 Uhr, um den Friedensvertrag mit der Ukraine zu beraten. Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung aus, dafür tagt der Hauptausschuß, dem der Friedensvertrag mit der Ukraine übergeben wird. Am Freitag erfolgt die Berichterstattung des Hauptausschusses und daran anschließend die weiteren Lesungen der Vorlage. Außerdem wird der Antrag betr. die Haftentlassung des Abgeordneten Titmann verhandelt. Am Sonnabend steht zur Beratung der Gesetzentwurf über die Vermehrung der Reichstagsitze und über die Einführung der Verhältniswahl in einer Reihe von Wahlkreisen; außerdem der Gesetzentwurf betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Am Montag beginnt die Fratsberatung, die mit einer Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling eingeleitet wird. Am Sonnabend den 23. März wird der Reichstag in die Ferien gehen. Man rechnet, daß die Beratungen bis Pfingsten zum Abschluß gebracht werden können.

Vor den Verhandlungen mit Rumänien. Wie in Berliner Blättern mitgeteilt wird, ist die Abreise Kühnmanns nach Jockani endgültig auf Mittwoch abend festgelegt. Graf Czernin begibt sich, so wird aus Wien gemeldet, „in besondrer Mission“ nach Bukarest. Die Reise der beiden Diplomaten hängt mit den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rumänien zusammen.

Die Polen in Opposition. Am Montag haben in Wien verschiedene Parteiberatungen, namentlich der Sozialdemokraten und des Polenklubs, sowie Besprechungen des Ministerpräsidenten mit verschiedenen Parteiführern stattgefunden. Im Polenklub teilte der Obmann mit, daß die polnischen Minister Unterrichtsminister Winkowski und Minister für Galizien Ewardowski dem Ministerpräsidenten ihre Rücktrittsgesuche überreicht hätten.

Anhebung des verschärften Belagerungszustandes. Der Oberbefehlshaber in den Marken gibt bekannt: In Grund des Sieges über den Belagerungszustand bestimme ich für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Lichtenberg und Spandau und der Landkreise Teltow und Niederbarnim: Meine Verordnung vom 31. Januar 1918 (Sektion O N 23849) betr. Anhebung des Artikels 7 der preussischen Verfassungsurkunde und Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte tritt mit dem Ablauf des 23. Februar 1918 außer Kraft.

Fliegerangriff auf Calais. Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Am 18. Februar abends besetzten vier Marineflugzeuge den Seehafen von Calais sowie ein daneben liegendes Barackenlager erfolgreich mit Bomben und griffen dort drei Scheinwerfer mit Maschinengewehr an. Im Barackenlager wurden Gebäude beschädigt; einer der Scheinwerfer wurde zerstört.

Vorrücken im Osten.

R. L. S. Großes Hauptquartier, den 20. Februar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkampf. Größere Erkundungs-Sortirungen, die über Englander weislich von Douhem, der Franzose bei Jubincourt und nördlich von Reims unternahm, wurden abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Weiterwärts der Bahn Riga-Petersburg wurden die 20 Kilometer vor unserer bisherigen Front liegenden russischen Stellungen überschritten. Schwacher Widerstand des Feindes bei Ingzem nördlich der Bahn wurde schnell gebrochen.

Neder Dünaburg hinaus rücken unsere Divisionen in nordöstlicher und östlicher Richtung vor, zwischen Düna und Zug treten sie in breiten Abschnitten den Bolschewiken an.

Die über Zug hinaus vorgehenden Divisionen marschieren auf Rowo.

2500 Gefangene, mehrere hundert Geschütze und große Mengen von rollendem Material fielen in unsere Hände.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

CIRCOUS Blumenfeld
 Gastspiel
CORTY-ALTHOFF
 Heute Donnerstag den 21. Februar:
Das Programm für alle!
 Pünktlich 8 1/2 Uhr
Fortsetzung der großen Ehrenringkämpfe.
 Der spannende
Entscheidungskampf
 Grajewald gegen Elliot
 Meister v. Rheinland gegen Meister der Schweiz
 Ungenau? gegen Feigenhauer, Europamstr.
 Schwarz gegen Volgt
 Weltmeister gegen Meisterring von Schlesien.
 Nur noch 3 Tage! • Schluss der Saison 28. Februar.

Kauf meinen großen Lager in **seidenen und halbbeidenen**
Regenschirmen
 in noch preiswertesten Sorten habe ich sehr solid gearbeitete
Gloria-Regenschirme zu 18 M.
 eignen Fabrikats, mit **27** Hohlknochen und halbbeidenem Futteral
 angeboten.
 Ich bitte meine geehrte Kundschaft, von dieser Offerte
namentlich für Konfirmanden
 baldigst Gebrauch zu machen, da der Vorrat vorläufig nicht ergänzt werden kann.
Carl Beutler — Schirmfabrik, —
 Breiteweg 21/22

In unserer Reparaturwerkstatt werden für
 dauernde Arbeit eingestellt:
1 Kesselschmied
1 Eisendreher
1 Eisenhobler
 welcher selbständig arbeitet,
1 Eisengießer.
 Wohnungen sind vorhanden.
Elektrowerke Aktiengesellschaft
 Grube Golpa
 Post Zschornowitz, Bez. Halle.

Billiges Angebot
 in nachfolgender
Unterhaltungslektüre.
 Freie Stunden verschiedene Jahrgänge 5.50
 Neue Welt verschiedene Jahrgänge 5.00
 außerdem einige Bände Dreyer Jacobs und eine reiche
 Auswahl Romane bekannter Autoren empfiehlt
Buchhdg. Volksstimme

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Zigarren
 großen Posten, abzugeben, auch
 Kisten einzeln an Private, von
 200 bis 700 Mark. 494
Louis Lewy, Scharnstr. 14.
 Gut lohnende Veranlassung-Ver-
 titel find. Sie imm. b. A. Saenger,
 Brandstr. 7, part. I. Fernspr. 7668.

Zigarren
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Arbeiter
 zum Rübenabladen
 stellt sofort ein
Zuckerfabrik Calbe A.-G., Calbe a. d. Saa.

ZENTRAL THEATER
 Abends 8 1/2
 Sonntag 3 1/2
Der Soldat der Marie.
 Sühnlicher Erfolg!

Zigarren
 von 30 Stk. an in groß. Auswahl
 Kisten auch in Kisten, bei
W. Pott Magdeburg
 Traubstr. 34.

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Sieverlings Etagegeschäft
 Jakobstrasse 17
 Wir haben noch einen Posten
Pelzwaren
 jetzt bei großer Preisermäßigung. Große Auswahl in
 Garnituren, einzelne Boas und Muffen
 in eleganter Ausführung. Großes Lager in langen
 Stöcken, zurückgelehnt, billigst unter Preis.

Sackträger
 werden sofort eingestellt
Zuckerraffinerie Magdeburg
 Aktien-Gesellschaft
 Magdeburg, Halberstädter Straße 76.

Wilhelm-Theater
 Heute und folgende Tage
 bei groß. Erfolg
**Sah ein Knab' ein
 Mädchen stehn.**

Zigarren
 von 30 Stk. an in groß. Auswahl
 Kisten auch in Kisten, bei
W. Pott Magdeburg
 Traubstr. 34.

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Dauerwäsche.
 Gestärkte und geputzte Leinwand wird zu
 abwaschbarer Dauerwäsche präpariert. 403
 Strohstragen von 75 Pl. an, Servietten von 1 Mk. an.
Wilhelm Fischer, vorm. Herm. Debrindt, Jakobstr. 51

Lüchtige Holzarbeiter
 Preis- und Bandjägerschneider, besonders Bohrer
 auch Kriegsbefähigte, für dauernd gesucht.
Wilhelm Wienert, Quedlinburg (Wachsmühle)

Stephanshallen
 Heute abends 7 Uhr
 Sonntag ab 3 Uhr nachm.
Ebenrechts
 Kaiser Volksbühne

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

RAT
 Ankauf und alle schriftlichen
 Arbeiten in Rechtssachen, insbes.
 Abfassung von Klagen, Verträgen, Schritts-
 sätzen, Testamenten etc. bei Referendar
 a. B. Lebegott, Große Münzstraße 5.
 Fernsprecher 7575. — Sprechzeit: 9-11,
 3-8, Sonntags 9 1/2-12 1/2 Uhr. 438

Ein älterer oder auch kriegsbefähigter
Gärtner
 findet sofort oder später dauernde Stellung bei
A. Diener, Leipziger Straße 35.

Kasino
 Theater Varietè.
 Täglich Vorführung.
Auf dem Wege
 der Freiheit

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Statt besonderer Nachricht.
 Am Samstag den 16. d. M. entschlief sanft nach schwerem
 Leiden meine liebe Frau, meine hochzuverehrende Mutter, Tochter,
 Schwägerin, Schwester, Schwägerin und tante, Frau
Emma Naumann
 geb. Müller
 im 57. Lebensjahre. Das Begräbnis findet am
 Sonntag den 17. d. M. um 10 Uhr nachm. in der
 Kirche St. Nikolai statt. Die Beerdigung findet am
 Montag den 18. d. M. um 10 Uhr nachm. in der
 Kirche St. Nikolai statt.
 Die Beerdigung findet am Montag den 18. d. M. um 10 Uhr nachm. in der
 Kirche St. Nikolai statt.
 Die Beerdigung findet am Montag den 18. d. M. um 10 Uhr nachm. in der
 Kirche St. Nikolai statt.

Geübte Maschinenstopferinnen
 Rogätzer Straße 11. 8 bis 4 Uhr

Lüchtige selbständige
Sacken- und
Rockarbeiterinnen
Saillen- und
Zuarbeiterinnen
 504 sowie
Menderinnen
 stellt sofort ein gegen hohen Lohn
Peter Georg Palis

Waldsee
 Große Sommerkino
 Sonntag 7 1/2 Uhr
F. v.
 Sonntag 7 1/2 Uhr
F. v.
 Sonntag 7 1/2 Uhr
F. v.
 Sonntag 7 1/2 Uhr

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Zöpfe
 zu bekannt billig
 Preis, a. S. 3. 1. 1. 1.
 Seit a. eig. Paar
 feine Arbeit an
 W. K. O. 1. 1. 1.
 Breiteweg 110
 (Gg. Strötenstr.)

Uhren
 Reparatur und Verfertigung
Arbeitsmarkt
Maschinist
 für Stahl- und Feinmechanik
Zwei Schuhmacher
 für Schuhreparatur
Schlosserlehrling
 für Schlosserarbeiten
Wasserlehrling
 für Wasserbauarbeiten
Friseur-Lehrling
 für Friseurarbeiten

Automobilmonteur
 für alle Arten von Automobilen
Papierschnneider
 für Krause-Rapid
Magazinverwalter
 für alle Arten von Magazinen
Papierlagerhalter
 für alle Arten von Papier
ersten Parker
 für alle Arten von Parkieren
Hugo Besthorn
 für alle Arten von Besthorn

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 20. Februar 1918.

Hausbesitzervereine und Presse. Die Denunziation der „Volksstimme“ und des „General-Anzeigers“ beim Generalkommando durch den Hausbesitzerverband und der Beschluß des Bundauer Hausbesitzervereins, keinen Verichterlaten des „General-Anzeigers“ in den Versammlungen des Vereins mehr zu dulden, hatten die bekannten Erklärungen des Vereins Magdeburger Presse zur Folge. Die Hausbesitzer leiteten darauf schleunigst Rückzugsgehalte ein, es kam zu Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Pressevereins und den Hausbesitzervereinen, deren Ergebnis der Verein Magdeburger Presse in folgender Erklärung bekanntgab: „Die Zwischenfälle mit dem Magdeburger Hausbesitzerverein und dem Bundauer Hausbesitzerverein sind nach ausreichenden Erklärungen der Beteiligten erledigt.“ — Die „ausreichenden Erklärungen“ sind, nach unsern Informationen, von Seiten der Hausbesitzer erfolgt.

Schleichenhandel mit Gold. Seit längerer Zeit war es den Behörden bekannt, daß in einigen Orten Deutschlands Goldkäufer ihre Anwesen trübten. Die Goldkäufer gingen mit so großer Vorsicht zu Werke, daß das Kriegswucheramt wochenlang geduldige Arbeit aufwenden hatte, um den Geschäftsbetrieb der Goldschieber aufzudecken. Bis endlich zur Verhaftung einer großen Anzahl von Personen geschnitten werden konnte. Als Zentralen der Goldkäufer müssen Berlin und Rattowitz angesehen werden. Namentlich in Berlin wurde das Gold, wo immer möglich, zu hohen Preisen aufgekauft. Die Schieber machten sich auf der Straße, in den Vorräumen der Postämter, in Geschäften und Gastwirtschaften an Leute heran, die noch Goldstücke besaßen, und zahlten für ein zwanzigmarkstück bis zu 60 Mark. Auch geschmiedetes Silber und ungeschmiedetes Gold kauften sie, wo es zu erlangen war. Die Edelmetalle wanderten zum Teil in zwei Schmelzöfen in Berlin zur Verwertung zu gewerblichen Zwecken; das Gold wurde aber zum größten Teile durch besondere Transporteure nach Rattowitz gebracht, von wo es Schmuggler in das Ausland führten. In Rattowitz zahlte man für ein zwanzigmarkstück 72 bis 80 Mark. Eine Gastwirtschaft in der Rosenfelder Straße in Berlin war der Treffpunkt der Berliner Goldschieber. Dort wurden von Beamten des Kriegswucheramts 40 Personen festgenommen. Die Seele des Schleichenhandels mit Gold in Berlin war ein Kaufmann Raphael Scheuer, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, der diesen verbrecherischen Goldhandel finanzierte. Während er im Vollgeizjähre in Schöneberg, wohin er eingeliefert wurde, lag, lief wegen gleicher Vergehungen ein Haftbefehl des Mannheimer Untersuchungsrichters gegen ihn ein. Bei den einzelnen verhafteten Personen konnten erhebliche Werte in gemünztem und ungemünztem Gold und Silber beschlagnahmt und der Reichsschatz zugeführt werden. Auch eine große Summe Papiergeld, das zum Goldankauf Verwendung finden sollte, wurde den Schiebern abgenommen. Das Kriegswucheramt weist bei dieser Gelegenheit das Publikum darauf hin: Jeder macht sich strafbar, der ohne Genehmigung des Reichsschatzkanzlers Reichsmünzen behufs gewerblicher Verwertung einschmilt oder verarbeitet, Reichsgoldmünzen zu einem ihren Nennwert übersteigenden Preise erwirbt oder veräußert, Roh-, Abfall- oder Bruchgold mehr als zum gesetzlichen Höchstpreis von Mk. 2790 für das Kilogramm feinen Goldes handelt oder Gold in irgendwelcher Form zum Zwecke der Veräußerung ankauft und dabei diesen Höchstpreis überschreitet, Gold ungeachtet seiner Form und Herkunft über die Landesgrenzen ausführt. Auch derjenige ist strafbar, welcher eine dieser strafbaren Handlungen ausführen läßt oder irgendwelche Beihilfe dazu leistet.

6000 Versicherungen mit einer Halbmilionsprämie von 3649,50 Mk. und einer Versicherungssumme von 1 117 507 Mk. bestehen heute bei der Reichsanstalt für die Volksfürsorge. Die Volksfürsorge sucht der Bevölkerung Klarheit über die Grundlagen der Versicherung zu geben. Alle Funktionäre der Volksfürsorge nehmen als Berater der Versicherungsnehmer Rücksicht auf die Verhältnisse in der Arbeiterkategorie. Die Folge davon ist, daß ein Drängen auf zu hohe, nicht durchführbare Prämienzahlung ausgeschlossen ist. Treten im Arbeiterhaushalt Rückschläge infolge Krankheit oder Arbeitslosigkeit ein, so hat auch hier die Volksfürsorge vorgesorgt, sie hat den Verlust von Versicherungen ausgeschlossen. Wer also seiner Familie im Falle seines Ablebens durch den Abschluß einer Versicherung einen Schutz gewähren will, wird sich für kommende Ausgaben vorgesorgt in der Lage vor als kluger Mann durch Abschluß einer Versicherung bei der Volksfürsorge.

Es faust das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzige berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Larjen.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ich mußte unwillkürlich die Gespräche während der Arbeit bei Springer und bei Rosenfeld vergleichen; es war wie eine andere Welt.

„Sind Sie in Amerika geboren?“ fragte mich Bessie. Ich fand, daß das eigentlich eine ziemlich überflüssige Frage sei, bis ich hörte, daß von den acht Mädchen an meinem Tisch nur vier Amerikanerinnen waren. Therese kamme aus Neapel, Amelie aus Oesterreich, Anna aus Norddeutschland und Kelly aus Skottland in Irland.

„Aber bin Amerikanerin,“ sagte Bessie und tat im Spaß, als wenn sie außerordentlich stolz darauf sei.

Therese lachte. „Aber auch nur eine in erster Stunde,“ sagte sie, und dann beugte sie sich zu mir herüber und flüsterte mir zu. Bessie sei gerade zwei Wochen nach der Ankunft ihrer Eltern in Amerika geboren.

„Besser spät als niemals,“ lachte Bessie und ging mit einem großen Korbe voller Blumen an einen andern Tisch hinüber, wo die Blumen zu Straußen und Ranken gebunden wurden.

Gegen elf Uhr hatte ich zwei Duzend Stiefmütterchen fertig.

„Das ist für eine Neue eine gute Leistung,“ sagte Amelie.

Ich arbeitete mit größtem Eifer, denn nun begann ich zu hoffen, daß ich mich verhältnismäßig schnell einarbeiten würde. Blume um Blume bekam ihren grünen Sammelkorb um den Drahtengel, dann wurde der Stengel noch ein wenig gebogen und die Blume an der langen Schnur über dem Tisch aufgehängt. Fertig.

Ein Viertel nach elf trat ein kleines Mädchen mit einem großen Blumenhut ein, fragte, was wir zum Frühstück

— **Aufhebung einer Beschränkung.** Der stellvertretende Kommandierende General macht bekannt: „Die Bekräftigung vom 5. März 1915 betreffend die Beschränkung des Getreide- und Schankwirtschaftsgewerbes wird aufgehoben.“ — Die betreffende Verordnung bestimmte: In Getreide- und Schankwirtschaften darf Militärpersonen aller Dienstgrade weder auf eigene Bestellung noch auf Veranlassung anderer Personen Alkohol in Form von Brautwein, Likören, Rum, Arrak, Kognak oder aus diesen Stoffen bereiteten Getränken verabfolgt werden.

Goldwoche der Provinz Sachsen.

Des starken Andrangs wegen

verlängert bis einschließlich 28. Februar.

Gold- und Silberankaufsstelle, Gr. Mühlstraße 6, I, werktätig geöffnet von 10 bis 12 1/2 Uhr, und bekannte Hilfsstellen, den ganzen Tag geöffnet.

— **Schöneberg.** Ein interessantes Gegenstück zu den Neuföllner Enthüllungen veröffentlicht „Der deutsche Obst- und Gemüsehändler.“ Es stammt von der Lebensmittel-Einkaufsstelle der sachsenanischen Rheinländer in Niederlahmstedt und ist an eine Firma des Wiesbadener Bezirks gerichtet. Diese Einkaufsstelle ist von der Behörde eingerichtet zu dem Zwecke, die sachsenanischen Städte am Rhein, wie Eltville, Müdesheim u. d. m. mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Sie bekommt die Nahrungsmittel von dem rhein-mainischen Verbände. Diese Einkaufsstelle bietet nun u. a. Waren zu folgenden Preisen an: 300 Zentner Viktoria-Erbjzen 4,45 p. Pfd., 100 Zentner gelbe Erbsen 3,10 p. Pfd., 35 Zentner weiße Bohnen 3,25 p. Pfd., 400 Zentner dicke Bohnen 3,45 p. Pfd., 90 Zentner Graupen 2,65 p. Pfd., 200 Zentner Dreifurch-Marmelade 1,95 p. Pfd., 21 Zentner prima weiße Mehlstärke 20,00 p. Pfd., 5 Zentner Kartoffelstärke 19,00 p. Pfd., 4000 Stück Toilettenseife 2,75—4,75 p. Stück, 1400 Stück Kernseife 5,75 p. Stück, 3 Zentner Schokolade 26,00 p. Pfd., 60 000 Dosen Lebertauwurst in 1-Pfund-Dosen, garantiert gute Ware, 3,75 p. Dose, 50 Liter feines Speiseöl 32,50 p. Liter. — Dazu bemerkt das genannte Fachblatt: „Eigentlich ist ja jeder Kommentator zu diesen Preisen überflüssig. Es mag aber wenigstens darauf hingewiesen werden, daß der Höchstpreis für 1 Pfund Erbsen gegenwärtig 45 Pfg. beträgt; für weiße Bohnen 45—50 Pfg.; für Graupen 40 Pfg.; für Schokolade etwas über 4 Mark. Speiseöl wurde in letzter Zeit zu 6,30 Mark für das Liter abgegeben.“

— **In die Maschine geraten.** Die Anlegerin Anna Schiller geriet am Dienstag nachmittag an ihrer Arbeitsstelle, Thierstraße 4, mit der linken Hand in eine Presse und zog sich eine starke Quetschung zu. Die Verletzte wurde nach der Krankenanstalt Sudentenberg gebracht.

— **Küchenbrand.** Am Mittwoch früh gegen 6 1/2 Uhr entstand in einer Küche des zweiten Obergeschosses im Hause Friesenstraße 4 auf unermittelte Weise ein Deckenbrand, der beim Eintreffen eines Kommandos der Feuerwehr von den Hausbewohnern bereits gelöscht war.

Sonnabend vorletzter Tag der Flieger-Ausstellung. Um 5 Uhr: „Die Entwicklung des Luftsportes.“ Vortrag durch Herr Dr. Marquard, Berlin. Ermäßigter Preis.

— **Unter die Elektrische gekommen.** Am Dienstag nachmittag geriet ein Soldat auf dem Alten Markt beim Ueberqueren des Fahrdamms unter einen Motorwagen der Linie 5 und konnte nur mit vieler Mühe und mit schweren Verletzungen befreit hervorgeholt und nach dem Lazarett gebracht werden. Wie Augenzeugen berichten, hat in diesem Falle die am Motorwagen angebrachte Fangvorrichtung nicht funktioniert. Ebenso war ein rechtzeitiges Anhalten des Wagens nicht mehr möglich.

— **Schwerer Unfall.** Auf dem Hofe der Sacharinfabrik in Magdeburg-Süd ost geriet am Dienstag nachmittag ein Arbeiter zwischen einen dicht neben dem Bahngleis erbauten Holzschuppen und eine vorüberfahrende Lokomotive. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen, den Händen und am Kopf und mußte nach Inlegung eines Notverbandes nach dem Sudentenburger Krankenhaus gebracht werden.

— **Ansteckende Krankheiten.** In der Woche vom 10. bis 16. Februar wurden in Magdeburg amtlich gemeldet 24 Erkrankungen an Diphtherie, 5 Erkrankungen an Scharlach und 17 Todesfälle an Lungentuberkulose.

— **Gestohlen wurden** am 18. d. M. von einem Treppenhof in der Schöneberger Straße ein Kofosaktreter, in der Nacht zum 11. vom Elbbahnhof drei Baden-Pfeifroh.

— **Ermittelte Diebe.** Am 17. d. M. wurde von einem Treppenhof in der Braunshweiger Straße ein Paket mit Lebensmitteln gestohlen. Als Diebe sind zwei noch nicht strafmündige Knaben ermittelt, die das Paket in einer Gartenparzelle verdeckt hatten. Am 18. d. M. abends wurden aus einer Niederlage in der Wilhelmstraße Galanteriewaren im Werte von etwa 60 Mark gestohlen. Als Diebe sind zwei Schulknaben ermittelt, die durch ein offenes Fenster in die Niederlage eingestiegen sind. Die Waren sind größtenteils wieder herbeigekauft. Aus einem Arbeitsraum in der Kaistraße wurde am 13. d. M. ein Pelztragen im Werte von 130 Mark gestohlen. Als Diebin ist eine dort beschäftigte Arbeiterin ermittelt, in deren Wohnung auch noch Sachen vorgefunden wurden, die sie ihrem Arbeitgeber gestohlen hatte.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Die **Konzertfähigkeit** hielt sich in der letzten Woche in gleicher Höhe in Menge und Güte. Die „Konzertdirektionen“ werden bei den ausübenden Künstlern jetzt sicher nicht viel Ueberredungskunst nötig haben, um sie zu veranlassen, Konzerte zu geben. Denn sie können heute für einen finanziellen Erfolg wohl immer aufzagen. Wo es nicht nach Wunsch klappt, vielleicht infolge Anhäufung von Veranstaltungen an bestimmten Tagen, wird das Konzert verschoben, und am andern Datum in der Saal doch ausverkauft. Die bequemste Art für den Künstler ist sich von Vereinen, Firmen oder andern Institutionen für eine Sache engagieren zu lassen. Der klingende Erfolg ist sicher, vielleicht aber weniger groß. In diese Lage fielen die Veranstaltungen des Krupp-Gesellen-Vereins im Circus, der das städtische Orchester mit einem alten, aber für die musikwühlende Substanz interessantem Programm in Tätigkeit setzte, der Vortragabend von Nora Kengelberg, der vom Kaufmännischen Verein eingerichtet worden war, und der dritte Beethovenabend des Klingler-Quartetts, hinter dem Heinrichshofen als Konzertdirektion hand. Das Krupp-Gesellen-Orchester spielte wieder ganz in der ausgezeichneten Technik herausragender Künstler. Nora Kengelberg erneuerte ihre vor einiger Zeit gemachte Bekanntheit in angenehmer Weise, und das städtische Orchester wurde unter Dr. Rabis Leitung wie schon oft Gegenstand sehr eifrigen Besalls. Die nächsten Tage bringen wieder eine Häufung der Konzertfähigkeit, der sich hoffentlich das hiesige offizielle Konzertpublikum gewachsen fühlen wird.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Donnerstag: „Lannhäuser.“ Freitag: „Jugend“, hierauf: „Sommerhochzeit.“ Sonnabend: „Hamlet.“ Sonntag nachmittag (zu kleinen Preisen): „Die Menschenfreunde“, abends: „Die toten Augen.“
Siedl. Orchester. Mittwoch, 27. Febr., abds. 7 Uhr, Konzert im Circus. Dirigent Dr. Rabl. 1. Teil Wagner, 2. Teil Brahms-Sinf. 1., 3. Teil Meyerbeer, Schubert, Grieg, Röntgen, Strauß, Eintritte h. Heinrichshofen, Borwert, Abend.

wünschten und notierte sich alle Bestellungen auf eine Tafel. Bessie erklärte mir, daß wir uns kaufen könnten, was wir wollten, Brot, Butter, Eier, Kartoffeln usw., denn wir durften es dann über dem Gasofen kochen, den die Rosenarbeiterinnen zum Erwärmen ihrer Eisen brauchten.

Als die Kleine gegangen war, hörte ich, daß das Einkaufsmädchen zu ihrer täglichen Arbeit gehöre.

„Hat sie denn weit zu gehen?“

„Bis zur Ersten Avenue.“

„Ja, fällt es ihr denn nicht schwer, den großen Korb so weit zu tragen?“

„O, das macht nichts! Im Gegenteil, je mehr sie zu tragen hat, um so froher ist sie, denn sie verdient zehn Prozent an sämtlichen Waren.“

Etwas vor zwölf Uhr kam die Kleine zurück.

„Nun, wieviel hast Du heute verdient?“

„Einundzwanzig Cent,“ sagte sie und wurde ganz rot vor Vergnügen.

— **Wenn Miß Higgins in ihre Jacke schlüpfte und den Hut aufsetzte, so war das das Zeichen, daß die Essenszeit gekommen war.** Hundertwärtzig Mädchen kamen zwischen ihren Blumenbergen hervor, im Ru waren die Tische abgeräumt, Teller und Bestecke tauchten aus der Tiefe auf, auf den Gasöfen begannen Pfannen und Kochtöpfe zu bruzeln, Kochmädchen in weißen Schürzen huschten hin und her, der Garten war mit einem Schlage in eine riesige Küche verwandelt und der ganze Betrieb erinnerte an den, den wir von unsern Landausflügen in der Schulzeit her in Erinnerung haben.

O, Springer! Wie so ganz anders sah es doch aus in dem Blumengarten von Rosenfeld! Es war auch nicht eine Arbeiterin da, die, wenn sie sich an den mit weißen Seidenervietten belegten Tisch setzte, nicht einen lauberen schwarzen Rock und eine schneeweiße Bluse angehabt hätte. Während wir aßen, hörte ich so mancherlei über die Arbeitsverhältnisse bei Rosenfeld und auch über Miß Higgins — wie glänzend es ihr gegangen war. Sie hatte als einfache Arbeiterin mit dreieinhalb Dollar in der

Woche begonnen; nun bekam sie fünfzig. Sie hatte es zuerst zur geschicktesten Rosenarbeiterin von ganz New York gebracht, dann zur Zeichnerin und schließlich zur Zuspeltrice.

Den ganzen Tag arbeitete ich fleißig an meinen Stiefmütterchen weiter; gegen fünf Uhr kam Miß Higgins bei mir vorbei, bejahte meine Arbeit und sagte, sie sei sehr zufrieden mit mir, und ich solle vier Dollar in der Woche haben.

Gegen sechs Uhr machten wir wiederum eine Essenspause; aber wir gönnten uns diesmal nur eine halbe Stunde, denn wir wollten gern bis halb zehn Uhr fertig werden, und gegen Abend wurde die Arbeit überdies durch die ausströmende Hitze der zahlreichen Gaslampen bei weitem beschwerlicher. Alle Gesichtser haben allmählich blaß und müde aus, und viele begannen — wie bei Springer — leise zu singen, nur um sich wach zu halten. Durch die geöffneten Fenster strömte der Abendwind herein und spielte mit den Blumen; ein warmer Frühlingsregen rieselte über die schlafende Stadt herab.

Einige Wochen vergingen. — Ich machte nach wie vor vom Morgen bis zum Abend Stiefmütterchen, arbeitete bis halb zehn und ging dann „heim“ in meinen Schlafsaal. Es war fast, als wollten alle Frauen von der Welt dies Jahr nichts anderes als Stiefmütterchen auf den Hüften haben. Und dabei war doch unser Saal nur eine ganz kleine Abteilung von Rosenfelds riesiger Fabrik. Weiden, Walglöckchen, Apfelblüten und vor allem Rosen wurden in andern Abteilungen, in noch weit größerem Maßstabe hergestellt als meine armeneligen Stiefmütterchen.

Dierzig Mädchen machten in ihrer Abteilung überhaupt nichts als Rosen. Die Rosenarbeiterinnen sind von allen Blumenarbeiterinnen die geschicktesten und werden deshalb natürlich auch am besten bezahlt. Eine jede Arbeiterin kann das Blumenmachen lernen; zur Rosenarbeiterin aber muß eine geboren sein, denn eine solche ist ein wirklicher Künstler.

(Fortsetzung folgt.)

